



# GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • monatlich

April 2005

Aktuelle Informationen zur grünen Kommunalpolitik  
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 17

## Die Zukunft der Pflegeversicherung

VON PETRA SELG, MdB, PFLEGEPOLITISCHE SPRECHERIN DER GRÜNEN FRAKTION

Berlin. Warum machen wir Grüne uns für eine Reform der Pflegeversicherung stark? Welche Positionen beziehen wir dabei? Angesichts der vielen – inhaltlich und/ oder politisch begründeten – „Wenn und Aber“ erscheint eine Reform wie der Versuch einer Quadratur des Kreises. Um so mehr freue ich mich über die Möglichkeit, mit euch auf der Veranstaltung des KV Ludwigsburg am 25.4.2005 die wichtigsten Knackpunkte einer notwendigen Reform zu diskutieren. Vorab ein kleiner Problemaufriss.

### Wie es jetzt ist

Seit Einführung der sozialen und privaten Pflegeversicherung am 1. Januar 1995 gab es keine konzeptionellen Veränderungen der Ziele und Strukturen: Die Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen erfolgt durch Sach- oder Geldleistungen, die einkommens- und vermögensunabhängig erbracht werden. Die Ansprüche auf Versicherungsleistungen werden durch einen (weitestgehend paritätisch) finanzierten Beitrag bzw. über Prämien erworben.

### Sozialhilfebedürftigkeit konnte verringert werden

Zu einem der größten Verdienste der Pflegeversicherung zählt, dass die pflegebedingte Sozialhilfebedürftigkeit stark verringert werden konnte. Angestoßen wurde zudem der Aufbau einer besseren Pflegeinfrastruktur. Dies kommt nicht nur den Pflegebedürftigen zu gute – gleichzeitig wurden rund 250 000 Arbeitsplätze geschaffen. Um aber die wichtigsten Zahlen zu nennen: Heute erhalten ca. 2 Millionen pflegebedürftige Menschen Unterstützung durch Versicherungsleistungen, 1,37 Mio. im ambulanten und 0,64 Mio. im stationären Bereich.

### Herausforderungen und Probleme des bisherigen Systems

Trotz der recht positiven Bilanz unseres jüngsten Sozialversicherungszweiges stehen die Pflege und deren soziale Absicherung vor immensen Her-

ausforderungen. So müssen wir uns zum einen mit der Finanzierung auseinandersetzen. Denn aufgrund der demographischen Entwicklung – und dem voraussichtlich damit verbundenen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen – sowie der seit Jahren anhaltenden Einnahmeschwäche haben wir bei unveränderter Finanzierungsgrundlage ein rasant wachsendes Defizit in den Pflegekassen. Nach den derzeitigen Prognosen könnte schon 2006/2007 die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve der Pflegeversicherung unterschritten werden. Zum anderen besteht dringender inhaltlicher Handlungsbedarf aufgrund von Leistungsdefiziten und Fehlanreizen. Beispielsweise führen die höheren Leistungssätze für stationäre Pflege im Vergleich zur ambulanten Pflege in zweierlei Hinsicht zu Fehlsteuerungen: Pflegebedürftige müssen sich im Zweifel für stationäre Angebote entscheiden, da bedarfsgerechte ambulante Alternativen nicht zur Verfügung stehen. Anbieter von Pflegeleistungen dagegen werden eher auf stationäre Angebote setzen, da dort dank finanziell besser ausgestatteter Leistungsempfänger mehr zu verdienen ist.

### Dynamisierung der Leistungssätze notwendig

Ein weiteres Problem liegt darin, dass die gedeckelten Versicherungsleistungen seit Einführung der Pflegeversicherung trotz steigender Preise nicht erhöht wurden. Das führt dazu, dass die Versicherungsleistungen real von Jahr zu Jahr weniger wert sind. Dieser Realwertverlust hat steigende Eigenanteile für die Pflegebedürftigen zur Folge. Können die Betroffenen diese Kosten nicht aus ihrem eigenen Einkommen bzw. Vermögen bestreiten, bleibt nur der Gang zum Sozialamt. Diese Entwicklung konterkariert das ursprünglich mit der Pflegeversicherung verfolgte Ziel, die Sozialhilfeabhängigkeit Pflegebedürftiger zu reduzieren. Notwendig wäre also eine Anpassung der Leistungssätze an die Preisentwicklung, also die sog. Dynamisierung der Leistungssätze.

### Demenz fällt durch's Raster

Zudem bestehen hinsichtlich der Versorgung bzw. Unterstützung von demenzkranken, geistig behinderten und psychisch kranken Menschen Absicherungslücken. Die Ursache dafür liegt in einem verengten Verständnis

von Pflegebedürftigkeit. Unzureichend erfasst wird der Bedarf an allgemeiner Betreuung oder Beaufsichtigung, wie dies zum Beispiel bei vielen Demenzkranken der Fall ist.

### Grüne Konzepte

Die Frage ist nun, wie wollen wir Grüne die Pflegeversicherung reformieren?

Sofern es also um mehr gehen soll als um kurzfristige Reparaturarbeiten, dürfen wir uns vor grundsätzlichen Überlegungen nicht scheuen: Reicht das bestehende System auch weiterhin aus? Wie bringen wir Verbesserungen des Absicherungsniveaus zusammen mit mehr Generationengerechtigkeit, aber auch den arbeitsmarktpolitischen Anforderungen?



Hier sind viele, womöglich kombinierbare, Ansätze denkbar. Die Bürgerversicherung auch für die Pflege bietet hier einen sinnvollen Ansatz. Hinsichtlich der demographischen Entwicklung sollten aber auch ergänzende Elemente der Kapitaldeckung kein Tabu sein. Denkbar wäre hier zum Beispiel die geförderte, individuell betriebene Altersvorsorge nach dem Riester-Modell. Eine Finanzreserve für die demographischen Spitzen etwa ab dem Jahr 2030 könnte man auch einrichten über einen solidarischen Zusatzbeitrag aller Versicherten. Dies wäre gleichsam ein kollektives „Demographie-Sparbuch“, auf das alle nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen.

### Verbesserungen nicht zum Nulltarif möglich

In den nächsten Monaten werden wir innerhalb der Bundestagsfraktion weiter an einem grünen Konzept arbeiten, das wir im Herbst vorstellen wollen. Sicherlich keine leichte Aufgabe, denn all die o.g. Verbesserungen sind nicht zum Nulltarif zu haben. Die Pflegeversicherung darf aber nicht einfach nur teurer, sie muss vor allem besser und nachhaltiger werden! Und genau darin liegt die große Herausforderung und Chance dieser Debatte.

## „Bessere Bildung für unsere Kinder!“

Bericht über die KMV am 09.03.2005 mit Winfried Kretschmann

VON CHRISTIAN GÄRTNER

Bietigheim. Zu unserer letzten KMV erwarteten wir hohen Besuch: Winfried Kretschmann, den Vorsitzenden der grünen Landtagsfraktion. Bessere Bildung für unsere Kinder – so lautete das Thema. Doch dieses Thema war nicht das einzige.

### Finanz- und Wirtschaftspolitik der Landesregierung

Der Referent gab zuerst einige Hinweise auf die wirtschaftliche Entwicklung, die er nicht als so positiv hinstellte wie dies von Seiten der CDU-FDP-Landesregierung immer wieder getan wird. Als großes Problem bezeichnete er die öffentlichen Finanzen und den Haushalt, vor allem die Schulden-Politik der Regierung. „Was und wo muss gestrichen werden?“ – das ist hier die zentrale Frage. „Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Messen zu bauen und Bahnhöfe zu vergraben“, so Kretschmann. Das pure Umschichten von Schulden nannte er unsinnig. „Späth hat's verbockt, und Teufel hat mit doppelt so vielen Schulden aufgehört wie er angefangen hat.“ – eine klare Aussage.

### Bildung – lebenslanges Lernen

Doch nun zum eigentlichen Thema, der Bildung. Winfried Kretschmann erläuterte den Zuhörern die Kernforderungen grüner, innovativer Bildungspolitik: Die Schulbürokratie muss abgebaut werden. Den Lehrerkollegien müssen wesentlich mehr Freiheiten und Kompetenzen eingeräumt werden. Der Wirtschaft tun wir nämlich nur dann gut, wenn in Bildung investiert wird, und nicht in Messe oder Bauernberatung. Als Zukunftsprojekt nannte der Fraktionsvorsitzende das „Umwandeln“ von Kindergärten in Bildungsgärten. Damit könne man den Weg in die Wissensgesellschaft vorbereiten und den Anfang für ein lebenslanges Lernen ermöglichen. Ein weiteres Kernthema war das 3-gliedrige Schulsystem, welches Winfried Kretschmann als ausgereizt bezeichnete. Es sei in der Vergangenheit so oft optimiert worden, dass es nicht weiter besserbar sei. Heutzutage ist Chancengleichheit nur über Bildung zu erreichen. Ein Beispiel: Gerade im ländlichen Raum gehen viele Schüler, die das Potential für das Gymnasium eigentlich hätten, auf Haupt- oder Realschule. Der Grund: Das nächste Gymnasium ist zu weit weg, und die Fahrt dorthin jeden Tag dauert zu lang. Ist das noch zeitgemäß? In Städten dagegen sind Hauptschulen fast nur ein Sammelbecken für Migrantenkinder. Häufig werden diese Hauptschulen von so wenigen

Schülerinnen und Schülern besucht, so dass es nur noch „Mini-Hauptschulen“ sind, die als zu teuer in der Finanzierung und nicht mehr als realisierbar gelten. Vergleiche mit anderen Ländern zeigen: Mit integrierten Schulsystemen, in denen alle Kinder länger gemeinsam lernen, werden gute Erfolge erzielt, nicht zu letzt in der Pisa-Studie. Andere Länder investieren im übrigen viel mehr Geld in die Bildung, zum Beispiel die Schweiz. Das macht sich unter anderem in der Hochschullandschaft bemerkbar. Auch hier forderte Winfried Kretschmann ein Umdenken in Politik und Gesellschaft. Die grüne Landtagsfraktion sieht ein Studien-Credits-Modell vor, das jedem ein kostenloses Erststudium bis zum Bachelor ermöglicht. Die Credits der Studenten gehen dann direkt an die Institute, für die sie sich entscheiden. Jedes Institut erhält also Geld für jede Studentin und jeden Studenten, den es ausbildet. Hiermit wird auch der Druck auf die Professoren erhöht, denn gute Lehrveranstaltungen, die dann auch von vielen Studentinnen und Studenten besucht werden, werden dementsprechend honoriert.



### Fazit

In den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden wurde eines sehr deutlich: Es muss weiterhin Reformdruck ausgeübt werden, damit wir ein innovatives und zukunftsfähiges Bildungssystem bekommen. In der anschließenden Diskussion – es waren ja auch viele Nicht-Grünen-Mitglieder gekommen – wurden sehr viele unterschiedliche Meinungen deutlich. Doch in einem waren sich alle einig – mit der Bildung kann es nicht so weitergehen, wie es ist. Für die Mitglieder im Kreis war es ein sehr informativer Abend – und sie dürften sich einer Sache ganz besonders überzeugt haben: Mit Winfried Kretschmann haben wir einen designierten Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2006, der in sehr vielen, unterschiedlichen Politikbereichen eine sehr hohe Kompetenz aufweist und punkten kann.

## Grußwort vom OV

Liebe Grüne im Kreis,

der neue Vorstand des Ludwigsburger Ortsverbandes dankt für die Glückwünsche zur Wahl und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit euch. Neue Pläne haben wir auch schon gefasst:

Am 26.03., Vormittag des Ostersonntags, haben wir in der Fußgängerzone von Ludwigsburg einen Stand zum Thema Käfighaltung („Ei love you“) aufgestellt und, passend zum Tag, Ostereier verteilt. Unser 25-jähriges Jubiläum werden wir am 23.04. ab 20.00 Uhr im Bärensaal, Schloßstr. 9, Ludwigsburg feiern. Schön wäre es, wenn viele von euch zum Mitfeiern kommen – es wird viele leckere Sachen zum Essen und Trinken geben und für die richtige Stimmung sorgt die Band Kolibri.

Bis dahin –  
Herzliche grüne Grüße  
Ingrid Hönlinger

Kontaktadresse des Ludwigsburger Ortsverbandes:  
Ingrid Hönlinger  
Marktplatz 2  
71634 Ludwigsburg  
T. 07141/688 7888  
F. 07141/688 7887  
kanzlei@rahoenlinger.de



### Damals war's

Damals war alles anders.  
Oder vielleicht doch nicht?

Das kann jetzt jede(r) selbst beurteilen. Weil der Einzug der Grünen in den Landtag am 16. März vor 25 Jahren ein Anlass ist, auf dieses Vierteljahrhundert zurückzuschauen, haben die Landtagsgrünen Dokumente, Bilder, Texte, O-Töne, Werbespots und Plakate aus diesen Anfangstagen auf ihrer Jubiläums-Homepage zusammengetragen. Zu finden sind diese Bild-, Ton- und Textdokumente in einer Auswahl im Internet auf

[www.25JahreGrueene.de](http://www.25JahreGrueene.de)

Jeden Monat kommt ein Stück Geschichte (eine weitere Wahlperiode) dazu. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!  
Wolfgang Schmitt    Ulrich Narr  
Pressesprecher      Webmaster



✂ Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Uhlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

### Ja, ich will Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden:

Name, Vorname: ..... Kreis: .....  
Straße, Nr.: ..... E-Mail: .....  
PLZ, Ort: ..... Beruf: .....  
Tel.: ..... Geburtstag: .....  
Fax.: ..... Geschlecht: .....

\_\_\_\_\_ Datum, \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monatlich ..... Euro (laut Satzung 1 % vom Nettoeinkommen) von folgendem Konto einzuziehen:  
Bank: ..... BLZ: ..... Datum, \_\_\_\_\_  
Kontonummer: ..... Unterschrift: \_\_\_\_\_

## „Handeln, bevor uns die Luft ausgeht“

Das fordert die Ludwigsburger Fraktion und informierte bei zwei Veranstaltungen über die Feinstaubbelastung an Hauptverkehrsstraßen und mögliche Maßnahmen

Stadt und Kreis Ludwigsburg. Mit Beginn dieses Jahres setzt Deutschland eine bereits 1999 von der EU verabschiedete Richtlinie zur Feinstaubkonzentration in der Luft um. Es gilt ein Grenzwert von 40 Mikrogramm je Kubikmeter Luft, der an höchstens 35 Tagen im Jahr überschritten werden darf. Diese Kleinstpartikel aus Industrieabgasen, Dieselruß oder Reifenabrieb können schon in geringen Konzentrationen Lungenkrebs und Herzkrankheiten verursachen. Seit 2002 hat Deutschland die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt und führt Messungen durch. Allerdings gibt es europaweit noch kein Konzept, wie denn die geforderten Grenzwerte eingehalten werden sollen.

### Verkehr Hauptverursacher

In Baden-Württemberg führt die UMEG (Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit in Baden-Württemberg) die Messungen von Luftschadstoffen durch und hat dabei auch an Ludwigsburger Straßen Überschreitungen festgestellt. Verkehr ist Verursacher Nr. 1 bei der Belastung der Luft mit Feinstäuben, belegte Dr. Michael Valet von der UMEG anhand seines Vortrages. Die Spitzenwerte werden zwar an Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen gemessen, allerdings stimme auch bedenklich, dass die Hintergrundbelastung nahezu 50% betrage. Das bedeutet, dass die Luft in der Region Stuttgart durchweg hoch belastet ist – kommt dann noch eine außerordentliche lokale Belastung dazu, würden die Grenzwerte überschritten.

### Reduktionsziel bei Ruß noch lange nicht erreicht

Jürgen Walter, MdL, der der Landesregierung in Sachen Luftreinhaltung schon seit Jahren auf die Finger klopft,

warf dem Umwelt- und Verkehrsministerium vor, nicht konsequent genug gehandelt zu haben. Bereits im Umweltplan strebte die Landesregierung eine Reduktion der Rußpartikelfilter bis 2005 um 80% gegenüber 1996 an. „Zieht man heute Zwischenbilanz, stellt man fest, dass dieses Ziel nicht annähernd erreicht wird.“ Statt das Maßnahmenpaket umzusetzen sei die Landesregierung dazu übergegangen, im Bundesrat Initiativen einzubringen, die eine Aufweichung der Grenzwerte zum Ziel haben. Das von der Grünen Fraktion vorgeschlagene Sofortprogramm setzt Schwerpunkte in der unmittelbaren Landeskompetenz bei der Beschaffung von Fahrzeugen und bei der Aufstellung von Luftreinhalteplänen. „Die Landesregierung muss ihre Bevorzugung des Straßenverkehrs gegenüber dem öffentlichen Verkehr endlich beenden und sich für den umweltfreundlichen Transport von Gütern – besonders von Massengütern wie Müll – auf der Schiene einsetzen.“

### Luftreinhaltepläne in Arbeit

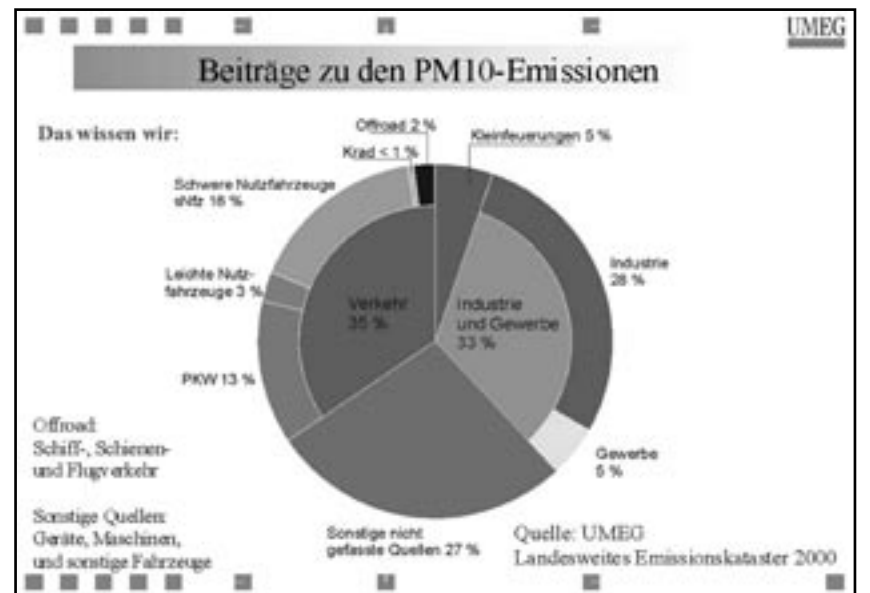
Manfred Steiner, Umweltbeauftragter der Stadt, berichtete, dass die Stadt gemeinsam mit dem Regierungspräsidium und dem Umwelt- und Verkehrsministerium an einem Luftreinhalteplan arbeite. Dabei würden die Auswirkungen von Verkehrsbeschränkungen bis zur Förderung alternativer Verkehrsmittel aller denkbaren Maßnahmen untersucht. Dabei habe die Stadt bereits frühzeitig Maßnahmen zur Reduktion der Schadstoffe unternommen. Wo rechtlich möglich, habe man Tempo-30-Zonen eingerichtet; die Wegweisung nach Kornwestheim auf der Autobahn wurde von LB-Nord nach LB-Süd verlegt; die „Grüne Welle“ in der Friedrichstraße wurde optimiert; eine Busspur in der Frankfurter Straße wieder abgeschafft. Der Gemeinderat fordere zudem mehrheitlich

die Umsetzung des Nord-Ost-Rings zur Entlastung der Friedrichstraße. Zur hohen Belastung an der Friedrichstraße würden auch die Baumaßnahmen und der damit verbundene Abtransport von Bauschutt und Aushubmaterial auf offener Ladepritsche beitragen. Aktionspläne seien bis Sommer 2005, Luftreinhaltepläne bis Ende 2005 erstellt. Ziel des Regierungspräsidiums sei es, den Grenzwertüberschreitungen in erster Linie durch Eingriffe in den Straßenverkehr zu begegnen. Die Grüne Fraktion hat mit einem Antrag erreicht, dass die Fahrzeugflotte der Technischen Dienste Ludwigsburg und der Stadtwerke kontinuierlich erneuert wird, und auch die Ludwigsburger Verkehrslinien bei Neuanschaffungen auf den Feinstaubfilter setzen. Stadträtin Roswitha Matschiner geht das nicht weit genug. Sie fordert, dass auch Altfahrzeuge mit Filtern nachgerüstet werden.

Zweiter Vortragsabend, Thema Mobilität

### Dank CDU und FWV wird weitergewurstelt

Was es mit der Forderung nach der Verlagerung des Verkehrs auf Umgehungsstraßen auf sich hat, wurde bei der nächsten Veranstaltung zum Thema „Verkehr in der Region – Mobilität umweltverträglich gestalten“ diskutiert. Roswitha Matschiner begrüßte dazu Hans-Peter Kleemann, Mitglied der Grünen Fraktion im Verband Region Stuttgart. Beruflich vertritt er Initiativen und Verbände im Kampf gegen Belastungen durch Straßenbauprojekte. Die Verkehrspolitik auf Landesebene und Ziele der Grünen Fraktion erläuterte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer. Eingangs gab Roswitha Matschiner einen Überblick über die verkehrspolitische Diskussion im Gemeinderat: „Vor zehn Jahren war uns allen klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht und ein Weiterwursteln wie bisher nicht zu verantworten ist.“ Deshalb habe der Gemeinderat damals beschlossen, einen Verkehrsentwicklungsplan zu erarbeiten. Mit breiter Bürgerbeteiligung habe man ein zukunftsfähiges Konzept ent-



wickelt, das mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Fahrradnetzes zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung vorgeschlagen hatte. Bedauerlicherweise hätten sich CDU und FWV in einem gemeinsamen Antrag von diesen Zielen verabschiedet und stattdessen mehrheitlich die Planung von Umgehungsstraßen durchgesetzt. Matschiner: „Damit waren wir wieder beim Weiterwursteln angelangt mit dem Ergebnis, dass sich die Probleme bis heute weiter zugespißt haben.“

### Anteil des Freizeitverkehrs über 50%

Hans-Peter Kleemann warnte dann auch vor der Realisierung dieser Planungen. „Der Zerschneidungseffekt der Straßen in der Region zerstört schon heute wichtige Naherholungsflächen. Eine West- oder Ostumfahrung Ludwigsburgs würde wie auch der Nord-Ost-Ring nur zu höherem Freizeitverkehr führen, der schon heute über 50% des Verkehrsaufkommens beträgt.“ Weitere Straßen seien keine Lösung für die aktuellen Grenzwertüberschreitungen bei Feinstäuben und würden nach Fertigstellung allenfalls kurzfristig die Spitze kappen. Langfristig würde die permanente Hintergrundbelastung, die heute schon ca. 50% ausmacht, weiter ansteigen. Die immensen Kosten, die die geforderten Umgehungsstraßen verschlingen, würden zur Finanzierung für Projekte im umweltverträglichen Verkehr fehlen. Kleemann: „Wenn jedes Jahr 10 000 - 15 000 Menschen an zu hoher Schad-

stoffbelastung durch den Verkehr sterben, muss man die Schadstoffe reduzieren und nicht breiter verteilen.“ Und da gebe es für den Ausbau des Schienenverkehrs in der Region noch viele Möglichkeiten.

### Stuttgart 21 verlagert Investitionen einseitig

Boris Palmer kritisierte dann auch an Stuttgart 21 die hohen Investitionskosten ohne die Aussicht, damit die Kapazität im Schienenverkehr zu vergrößern. Mit acht Gleisen sei der teure Bahnhof von Anfang an ein Engpass. „Mit diesem Geld könnte man die notwendigen Projekte in der Region umsetzen, die mehr Leute von der Straße weg in die Bahn bringen.“ Aber weder eine Bahnlinie Waiblingen-Markgröningen, die Bottwartalbahn, die S-Bahn-Verlängerung Marbach-Backnang, noch die Strohäubahn hätten eine Chance auf Realisierung, wenn Stuttgart 21 finanziert werden muss. Palmer: „Ludwigsburg ist beim Schienenverkehr bislang nur ein Vorort von Stuttgart. Dabei hat die Stadt das Potenzial für eine eigene Struktur mit Querverbindungen.“ In der anschließenden Diskussion wurde der demografische Faktor thematisiert. Schon heute sei kein Verkehrszuwachs mehr zu verzeichnen, meinte Klaus Arnoldi vom Landesvorstand des Verkehrsclub Deutschlands (VCD). Neue Umgehungsstraßen, die erst in 10 bis 20 Jahren realisierbar wären, wären zum Zeitpunkt ihrer Fertigstellung bereits überflüssig, so der Tenor. (reda)

## Stadtwerke Ludwigsburg: Der Einstieg in die Stromversorgung

VON STADTRÄTIN ROSWITHA MATSCHINER

Ludwigsburg. „Grüne stimmen für Kooperation der Stadtwerke Ludwigsburg (SWLB) mit der EnBW“ hieß es in einem Bericht im Grünspiegel im Herbst 2003. Wir hatten uns damals auf die Kooperation mit der EnBW eingelassen unter der Bedingung, dass die Stadtwerke die Mehrheit bei den Anteilen halten und damit auch die Richtung vorgeben können. Der Hintergrund: Die SWLB versorgt derzeit die Bevölkerung von Ludwigsburg und Umgebung mit Gas, Wasser und Fernwärme. Um als Versorger auch auf dem liberalisierten Markt bestehen zu können, müssen sich die Stadtwerke zu einem Rundumversorger weiter entwickeln – also auch Strom anbieten. Das Stromnetz in Ludwigsburg ist aber zum Großteil in der Hand der EnBW. Nun hat das Kartellamt dem vorgelegten Kooperationsvertrag nicht zugestimmt. Das kommt uns inzwischen sehr gelegen. Wir meinen, dass die Stadtwerke Ludwigsburg den Einstieg in das Stromgeschäft auch schaffen könnte, ohne das Stromnetz zu besitzen. Mit dem Netz in Poppenweiler könnte schon im nächsten Jahr ein Anfang gemacht werden. Für dieses Netz ist der Konzessionsvertrag so gestaltet, dass die Stadtwerke kurzfristig das Netz übernehmen könnten. Da die Ludwigsburger BürgerInnen bereits heute mit dem Bezug von Wasser und/oder Gas Kunden bei den Stadtwerken sind, dürfte es nicht so schwer sein, sie auch als Stromkunde zu gewinnen.

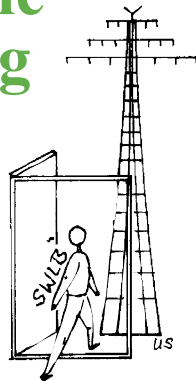
### Durchleitungsgebühr noch zu hoch

Zwar schmälert die derzeit noch hohe Durchleitungsgebühr, die mit dem Strombezug über das Netz der EnBW,

bzw. der SÜWAG erforderlich wird, die Erträge, aber das wird sich in den nächsten Jahren durch die fortschreitende Liberalisierung des Marktes ändern. Die Stadtwerke hätten damit schon mal die Chance, sich in den nächsten Jahren mit dem Stromgeschäft vertraut zu machen. Die nächste Chance, das Stromnetz zu erwerben, könnte sich 2012 ergeben. Dann laufen die Konzessionsverträge mit den Energieversorgern aus. Aber selbst wenn die Stadtwerke dann finanziell nicht in der Lage sein sollten, das komplette Stromnetz zu erwerben, könnten durch die Neuverhandlungen günstigere Konditionen erreicht werden.

### Zusammenschluss mit anderen Stadtwerken

Eine zusätzliche Möglichkeit bietet der Zusammenschluss mit anderen kommunalen Stadtwerken, wie den Energiepartnern Süd. Tübingen, Schwäbisch-Hall, Bietigheim-Bissingen, Friedrichshafen und Filstal haben sich bereits zu einer Beteiligungsgesellschaft zusammengeschlossen. Durch Know-How-Transfer und Synergieeffekte sollen auch kleinere Stadtwerke in Konkurrenz zu den Energiegiganten bestehen können. Wir wollen, dass sich die Stadtwerke Ludwigsburg zu einem Komplettanbieter von Energiedienstleistungen weiter entwickeln und die Stadt an Einfluss auf die Stromversorgung gewinnt, z.B. indem die Stadtwerke zu günstigen Konditionen Ökostrom anbieten und auch städtische Gebäude mit erneuerbarer Energie versorgen.



## Das eigene Profil der Innenstadt stärken!

### Parken kostenlos, aber nicht umsonst

Das geht auch in der Innenstadt schon lange. Die Grünen begrüßen die Initiative der Einzelhändler, die jetzt offensiv damit werben wollen, dem Kunden die Parkgebühren zu erstatten. Die Forderung nach Abschaffung von Parkgebühren sei angesichts einer Finanzierung der Rathaus-Tiefgarage aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 15 Millionen Euro nicht vertretbar. „Oder aus welchem Grund sollten Nutzer des Öffentlichen Verkehrs, die ihre Fahrt auch bezahlen müssen, oder Radfahrer, die diese Parkplätze nicht in Anspruch nehmen, gezwungen werden, kostenloses Parken mitzufinanzieren?“ Um die Innenstadt attraktiver zu machen, wollen die Grünen mehr direkte Fußwegeverbindungen wie z.B. von

der Seestraße über den Ratskeller zum Rathausplatz.

### Fahrradverkehr unterstützen

Auch für die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad müsse mehr getan werden. Matschiner: „Wenn nur 4% der Kunden mit dem Fahrrad kommen, heißt das nicht, dass es bei uns mehr regnet, oder die Leute hier bequemer sind als in anderen Städten, wo der Anteil zwischen 10% und 30% liegt.“ Auch das gehöre zum eigenen Profil, weil „ins Breuninger fährt kaum jemand mit dem Fahrrad.“ Aber Stadtpolitik allein könne dem Einzelhandel nicht helfen. Am Hauptproblem, der hohen Mieten, könnten auch Immobilienmakler etwas ändern – „aber das wird Herr Pflugfelder nicht so gerne hören.“ (reda)



Die grüne Regionalfraktion mit Landrat Dr. Haas, s. Bericht auf Seite 3 rechts  
FOTO: JOSEF MATSCHINER

## „Breitere Wissensbasis!“ - „Nein, künstliche Homogenität!“

Die Landtagsabgeordneten Jürgen Walter (Grüne) und Klaus Herrmann (CDU) diskutierten über die gymnasiale Oberstufenreform.

VON SEBASTIAN ENGELMANN

Ludwigsburg. Die Grüne Jugend Ludwigsburg hatte am Mittwoch, dem 2. März 2005, zur Diskussion geladen. Thema war die neue gymnasiale Oberstufe – zwar schon im zweiten Jahr in Kraft, aber weiterhin höchst umstritten.

Klaus Herrmann trug in seiner Eingangsgangargumentation die Vorteile des neuen Systems vor.

### Breitere Wissensbasis

Das neue System stelle die Schülerinnen und Schüler auf eine breitere Wissensbasis, da sie nun verpflichtet seien, bis zum Abitur Deutsch, Englisch und Mathematik als vierstündige Kurse zu besuchen, so Herrmann. Er verwies darauf, wie einfach es gewesen sei, im alten Grund- und Leistungskursystem durch die Oberstufe und das Abitur zu kommen. Weiter kritisierte Herrmann die Spezialisierungen im alten System. Er hob hervor, dass Ministerin Schavan mit der Reform einen wichtigen Schritt gegangen sei und betonte, dass es durch das neue System keinen Leistungsabfall in den Noten gegeben hätte.

Jürgen Walter brachte abermals die Kritikpunkte von grüner Seite am neuen System hervor. Gute und schlechte Schülerinnen und Schüler würden nun noch weniger individuell als früher gefördert, da sie nun alle gemeinsam in einem Kurs sitzen würden. Walter bestritt weiter, dass die Reform die Schülerinnen und Schüler auf eine breitere Wissensbasis stelle. Es sei der falsche Ansatz, Schülerinnen und Schülern mit aller Gewalt etwas beibringen zu wollen, was nicht ihren Stärken und Neigungen entspreche. Walter ging aber noch einen Schritt weiter und stellte das jetzige Schulsystem als Ganzes in Frage und bezog wie die grüne Landtagsfraktion Position für eine gemeinsame neunjährige Basisschule nach skandinavischem Modell.

### Dreigliedriges Schulmodell ist tendenziell unsozial

Herrmann gab sich als ein Verfechter des dreigliedrigen Schulsystems aus, verwies aber auch auf die Erfolge der Ministerin, das dreigliedrige System durchlässiger zu machen. Walter wollte diese Argumente nicht gelten lassen,

denn das dreigliedrige Schulsystem würde nachweislich sozial selektieren und damit soziale Ungerechtigkeiten schaffen.

In der nachfolgenden Diskussion mit den 20 Besucherinnen und Besuchern war vor allem der CDU-Abgeordnete immer wieder in Erklärungsnot. Vielfach wurde von Diskussionsteilnehmern darauf verwiesen, dass die fehlende Spezialisierung der Abiturientinnen und Abiturienten im neuen System gravierende Nachteile für das Studium hätten. Vielfach wären schon die Eingangstests kaum zu schaffen, weil z.B. angehenden Mathematikstudenten das Vorwissen fehle, welches sie früher im Leistungskurs noch gelernt hätten. Herrmann wusste darauf keine rechte Antwort zu geben. Es gab aber auch Diskussionsteilnehmer, welche das neue System begrüßten und darauf verwiesen, dass man sich eben durch den Stoff durchbeißen müsse. Sie betonten, dass bei diesem Prozess einige auf der Strecke blieben. Andere Besucherinnen und Besucher verwarfen diesen Ansatz und forderten, dass bei der Bildung möglichst viele Menschen mitgenommen werden müssten.

## Grüne Regionalfraktion besucht das Landratsamt

Appell an Verkehrsminister Mappus, endlich Förderung für den S-Bahn-Ausbau nach Backnang zuzusagen

Ludwigsburg. Die Grüne Fraktion der Regionalversammlung besuchte am 1. März das Landratsamt in Ludwigsburg. Auf der Tagesordnung standen ein Gespräch mit dem Hausherrn, Landrat Dr. Haas, und ein Austausch mit der Grünen Kreistagsfraktion. „Wir wollen in die Kreise und Kommunen gehen und uns über die Entwicklungen und Probleme vor Ort informieren und zeigen, dass wir an guter Zusammenarbeit interessiert sind!“, begründet der Ludwigsburger Regionalrat Josef Matschiner den Schritt. Er hatte in seiner Doppelfunktion als Vorstand der Fraktion und Mitarbeiter des Landratsamtes das Zusammentreffen organisiert.

### Atmosphäre war gut

„Wir haben uns mit Landrat Dr. Haas in sehr guter Atmosphäre unterhalten“, berichtet er. Zur Sprache kamen die Schienenprojekte im Landkreis wie die Strohgaubahn, die Reaktivierung der Strecke Ludwigsburg – Markgröningen und der Ausbau der S-Bahn von Freiberg nach Benningen und von Marbach nach Backnang. Alexander Ludwig, Regionalrat aus dem Rems-

Murr-Kreis, hob die Schnellbusverbindung von Ludwigsburg nach Waiblingen lobend hervor. Die Verbundstufe 2 müsse erhalten werden, ihre Finanzierung jedoch müsse auf den Prüfstand. Transparenz und Kostensenkung müssten erzielt werden, hierin war man sich grundsätzlich einig. Dieses Ziel könne, so die grüne Regionalfraktion im Widerspruch zu Dr. Haas, am besten erreicht werden, wenn die Region alleine die Trägerschaft für den gesamten ÖPNV habe. Auch die Regionalplanung und die aus Sicht von Landrat Dr. Haas zu restriktive Haltung des Verbandes zur Ansiedlung von großen Supermärkten auf der „grünen Wiese“ sind zur Sprache gekommen.

Ein gemeinsames Anliegen war den Gesprächspartnern die Zusammenarbeit von Region und Kreisen und Kommunen.

### Reibungsverluste vermeiden

Diese müsse unbedingt besser werden, es gibt zu viel Reibungsverluste. „Einen kleinen Beitrag zur besseren Zusammenarbeit hoffen wir damit geleistet zu haben“, zieht Josef Matschiner Resümee, „auch wenn wir nicht in allen Punkten einig sind, so ist es doch wichtig, sich zuzuhören. Ich denke, das gegenseitige Verständnis ist gewachsen.“ Der anschließende Austausch mit der Grünen Kreistagsfraktion war sehr informativ und einvernehmlich gewesen. „Die Kreistagsfraktion und die Regionalfraktion ziehen bei allen gemeinsamen Themen an einem Strang und in eine Richtung“, konnte der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Daniel Renkonen, feststellen: „Sei es bei der Reduzierung des Flächenverbrauches, bei der Vermeidung von Belastungen durch den Auto- und Lkw-Verkehr oder beim Ausbau des ÖPNV.“

### Mappus bremst

Unter den Nägeln brennt den Grünen der Ausbau der S-Bahn von Freiberg nach Backnang. „Für die Hinhaltenaktik des Landesministers für Umwelt und Verkehr Mappus haben wir absolut kein Verständnis“, so Matschiner, „nur durch den Ausbau des ÖPNV lässt sich die Mobilität in der Region nachhaltig verbessern. Der motorisierte Individualverkehr mit seinen umwelt- und gesundheitsschädlichen Folgen kann das nicht.“ Die Potenziale im Kreis für Stadt- und S-Bahn müssen erschlossen werden, diese sehen die Grünen nicht nur bei der S 40, sondern mittelfristig auch bei der Tangente Markgröningen – Remseck und bei der Bottwartalbahn. Da der Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau der S-Bahn von Freiberg nach Benningen Mitte des Jahres seine Gültigkeit verliert, beschlossen beide Gremien einstimmig, Minister Mappus aufzufordern, die Landesförderung ohne weitere Verzögerung zuzusagen. (reda)

## KZ - Gedenkstätte Vaihingen/Enz

VON SUSANNE HÄUSSER-ESSIG

Vaihingen/Enz. Der Kreisverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Ludwigsburg, unterstützt schon viele Jahre die Gedenkstätteninitiative in Vaihingen/Enz durch die Mitgliedschaft im Verein.

### Ziele des Vereins

- Kontakt mit Überlebenden des KZ
- Aufarbeitung der Geschichte des Lagers, Berichte von Zeitzeugen, Sammlung verschiedenster Materialien
- Didaktische Aufbereitung für Schulklassen und Besuchergruppen, beispielsweise durch die Herausgabe eines Medienkoffers.
- die Errichtung einer Gedenkstätte

### Geschichte des Vereins

Im Jahr 1990 wurde der Verein gegründet, unter maßgeblicher Mithilfe der GEW. Zur Zeit hat er 110 Mitglieder. Mit Unterstützung der Stadt Vaihingen wurden zweimal Überlebende des Konzentrationslagers aus verschiedenen Staaten eingeladen. Daraus ergaben sich viele Kontakte und sogar Freundschaften. Viele ehemaligen Häftlinge versichern, dass sie aufgrund der Bemühungen des Vereines heute ein anderes, ein besseres Bild der Deutschen mit nach Hause nehmen. Über die kaum vorstellbare Odyssee des Niederländers Jules Schelvis, Auschwitz und Vaihingen, produzierten Mitglieder des Vereines mit Unterstützung des Landesmedienzentrums Stuttgart einen 20-minütigen Videofilm (Die andere Reise), der seit Jahren in Schulen gezeigt wird. Außerdem entwickelte ein Arbeitskreis des Vereines einen Medienkoffer mit Lernstationen über die Phasen als Arbeitslager, als Krankenlager, über den Steinbruch, die Befreiung und die Totenliste des KZ-Wiesengrund. Hauptanliegen des Vereines ist es, eine Gedenkstätte am authentischen, historischen Ort zu errichten. Hierzu wurde unter Mithilfe kompetenter Fach-

leute eine überzeugende Gesamtkonzeption entwickelt.

Sponsoren der Wirtschaft und die Stadt Vaihingen stellten bisher insgesamt 160.000 Euro zur Verfügung. Die Bundesstiftung unterstützte das Vorhaben mit dem selben Betrag.

Das versetzte den Verein in die Lage, den ersten Bauabschnitt am 7. April 2002, 57 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers, in Anwesenheit ehemaliger Häftlinge, Vertretern der Behörden und vielen interessierten Bürgern der Öffentlichkeit zu übergeben. Vor kurzem konnte der Film „Blick zurück – kein Vergessen: Erinnerungen von Wendelgard von Staden“ vorgestellt werden.

Frau von Staden lebte damals in direkter Nachbarschaft zum KZ-Wiesengrund und ist Autorin des Buches „Nacht über dem Tal“, das sich genau mit diesem Thema befasst.

Zum 60. Jahrestag der Befreiung kann nun der 2. Bauabschnitt eröffnet werden. Dazu sind die ehemaligen Häftlinge eingeladen. Es haben viele ihr Kommen zugesagt. Die Stadt Vaihingen unterstützt dies Ereignis nachhaltig.

Natürlich sind alle sonstigen Spenden herzlich willkommen, denn dieser Kraftakt des Vereines ist, trotz aller Spenden, nur durch eine Kreditaufnahme möglich gewesen und der muss abgetragen werden.

Am Samstag, 16. April 2005 ist um 10.00 Uhr ein Empfang im Löwensaal der Vaihinger Stadthalle um 11.30 Uhr Eröffnung der Ausstellung „Verbrechen und Gedenken“ und um 15.45 Uhr Eröffnung des 2. Bauabschnittes. Am Sonntag den 17. April um 11.00 Uhr ist Gedenkfeier auf dem KZ-Ehrenfriedhof mit Kranzniederlegung. Die Bevölkerung und vor allem auch die Mitglieder sind herzlich eingeladen. Wer Näheres wissen möchte kann sich unter: [www.Gedenkstaette-Vaihingen.de](http://www.Gedenkstaette-Vaihingen.de) einen Überblick verschaffen.

Für die grüne Kreismitgliederversammlung im Juli 05 wird es eine extra Führung geben – genaueres demnächst oder im Kreisbüro.

## Neues vom Einspruch

VON HANSI SCHALLER

Vaihingen/Enz. Im September 2000 haben der OV Vaihingen gemeinsam mit dem KV Ludwigsburg Einspruch gegen das europäische Patent (EP 695351) der Universität Edinburgh, das u.a. ein chimäres (auch menschliches) Lebewesen umfasste, eingelegt. Die hierfür notwendigen Vorarbeiten (tausende Seiten Papier sortieren und klammern) haben wir bei Armin Zeeb im Esszimmer bei stets guter Laune vorgenommen. Es folgte jahrelanger Schriftwechsel. Im Juli 2002 wurden der Worte etliche im Rahmen der mündlichen Verhandlung im Europäischen Patentamt (EPA) in München gewechselt. Die Einspruchsabteilung (OD) des EPA gelangte zu der von uns vorgetragenen Auffassung, dass das besagte Patent die Erfindung nicht so deutlich offenbare, dass ein Fachmann diese Erfindung ausführen könne. Was heißt das? Die Uni Edinburgh hat im Jahre 1993 (Tag der Patentanmeldung) u.a. ein Verfahren zur Isolierung, Anreicherung und Selektion von Stammzellen und eine einen selektierbaren Marker enthaltende Zelle (insbesondere eine embryonale Stammzelle (ES)) zum Patent angemeldet und somit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dargestellt wurde diese Erfindung allerdings nur am Beispiel von Mäusezellen bzw. von ES von Mäusen. Unsere Argumentation stützt sich auf zwei Säulen.

### Rückschluss von Maus auf Mensch zweifelhaft

Zum einen stehen wir auf dem Standpunkt, dass Erkenntnisse, beispielsweise bei der Maus gewonnen, nicht zwangsläufig auf andere Arten extrapoliert werden können. Andererseits waren die im Schutzzumfang mit umfassten Arten (alle außer der Maus) zum Anmeldezeitpunkt 1993 z.B. in Form von ES-Linien der Öffentlichkeit gar nicht verfügbar. Wie also sollte unsere Fachfrau die Erfindung nacharbeiten können? Aber es gibt auch – wenn gleich nachveröffentlicht – Literatur, die bestätigt, dass besagte Technik bei bestimmten – im Patentanspruch mit umfassten – Arten (z.B. Affen, Science, Vol. 283, S. 1469, Sp. 2, Abs. 2) erst ab 1997 anwendbar war. Sogar der Erfinder, Professor Smith äußerte sich im Jahr 2001 auf einem öffentlichen Kongress dahingehend, dass bis dato trotz der Verarbeitung von 200 menschlichen Embryonen keine ES-Linien verfügbar gewesen seien. Art. 83 des Europäischen Patentübereinkommens (EPU) zielt aber auf den Wissensstand und die Fachkenntnisse des Durchschnittsfachmannes im Zeitpunkt der Anmeldung ab. Wozu hat das geführt?

Die OD des EPA hat in der mündlichen Verhandlung (2002) das Patent deutlich beschränkt. Es umfasst keine ES und keine menschlichen Zellen mehr. Was nützt das? Nichts. Denn die Universität Edinburgh hat das Tor zum Himmel wieder aufgemacht, sie hat gegen die Entscheidung der OD am 1.12.2003 Beschwerde eingelegt.

### Das chimäre Menschlein ist wieder patentiert

Möglicherweise beflügelt durch eine gewisse Aufbruchstimmung in diesem Technikfeld hat sie sich mit neu vorgelegten Patentansprüchen aufgemacht, Schöpfungsgeschichte schreiben zu wollen – das chimäre Menschlein ist wieder im beantragten Patentanspruch drin. Auf keinen Fall dürfte das Verhalten der Mit-einsprechenden (OPPO 4), des Bundesministeriums der Justiz (dessen Anwalt hat die Vertretung niedergelegt; auf Nachfrage im Ministerium (Dr. Hucko) wurden Kostengründe genannt), das Selbstvertrauen der Universität erschüttern. Was tun wir? Wir fangen wieder von vorne an. Durch die universitäre Beschwerde sind wir als Einsprechende, die am erstinstanzlichen Verfahren beteiligt sind, auch am Beschwerdeverfahren beteiligt. Die Beschwerdeerkammern (BK) des EPA sind echte Gerichte. Der Verfügungsgrundsatz herrscht hier in stärkerem Ausmaße als im erstinstanzlichen Einspruchsverfahren. Deshalb beantragen wir wacker, die Beschwerde als unsubstantiiert abzuweisen, bzw. als unbegründet zurückzuweisen und harren der weiteren Entwicklung.

ANZEIGE

**Der eine wollte Mozart hören, der andere Beethoven. Fazit: Es gab Händel.**  
Werner Mitsch, dt. Apotheker

Sie haben Fragen zu:  
Trennung und Scheidung / Familie und Erziehung  
Erbauseinandersetzungen / Betrieblichen Konflikten  
Schulproblemen / Coaching / Konfliktmanagement

Wir bieten Ihnen:  
Mediation, Beratung und maßgeschneiderte Seminare  
Terminreservierung unter Telefon 0 71 41/688 79 99

LIKOM - Ludwigsburger Institut für Konfliktmanagement,  
Mediation und Kulturprojekte  
Marktplatz 2, 71634 Ludwigsburg  
Telefon 07141/688 79 99, Fax 07141/688 79 97  
info@likom.info, www.likom.info  
diskret, persönlich, individuell

www.likom.info



# Was ist dran an der angeblichen „Renaissance der Atomkraft“?

VON ILSE MAJER-WEHLING,  
BEITRAG IN ZWEI TEILEN, TEIL 1

„Die Weichen für Alternativen zur Kernkraft müssen heute gestellt werden und nicht erst im Jahr 2000. Jetzt muss erforscht und entwickelt werden, was später in Serie genutzt werden soll. Die Zukunft gehört nicht der Kernkraft weil kein Mensch mit so großen Risiken leben will.“

Das sagte der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Teufel am 28.5.1986 im Landtag, wenige Tage nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl. Heute will der Noch-Ministerpräsident Teufel davon nichts mehr wissen. Denn im Herbst letzten Jahres hat sich die Landes-CDU für längere Laufzeiten für Atomkraftwerke ausgesprochen.

Angesichts dieser Tatsache und aufgrund von Veröffentlichungen zu einer verstärkten Atomenergienutzung in der Presse hier nachfolgend Pro- und Contra-Argumente, hauptsächlich aus dem Themenpapier des BMU: „Atomkraft – Wiedergeburt eines Auslaufmodells?“ zusammengefasst.

## Behauptung 1: Der Atomausstieg ist ein deutscher „Sonderweg“

„Rund um den Globus werden neue Atomzentralen geplant oder bereits errichtet. Deutschland befindet sich mit seinem Ausstiegsplan auf einem Sonderweg und in einer Außenseiterrolle. Die Hoffnung der Bundesregierung, andere Nationen könnten sich der deutschen Energiewende anschließen, hat sich nicht erfüllt.“

Als aktueller Beleg für die weltweite Trendumkehr dient eine Erklärung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien. Danach werden derzeit in zehn Staaten der Erde 29 neue Atomkraftwerke errichtet. Andere Experten, wie z. B. die Internationale Energieagentur in Paris (IEA) erwarten dagegen eine Halbierung des Kernenergieanteils am – insgesamt wachsenden – Strombedarf der Welt. In der nahen Zukunft würden nur „sehr wenige Kernkraftwerke neu gebaut und viele heute betriebene stillgelegt werden.“ Dafür spricht auch ein genauere Blick auf die IAEA-Daten: Dort bleiben 15 Bauvorhaben übrig und alle werden in Asien stehen. Von einer weltweiten „Renaissance der Atomkraft“ kann also keine Rede sein.

## In Europa eine einzige Neubaubauentscheidung

Es gibt in den westlichen Industriestaaten bisher nur eine einzige Neubaubauentscheidung – die in Finnland. In Frankreich ist der Staatskonzern EDF bisher nicht über eine Absichtserklärung zum Bau eines neuen AKW hinausgekommen. In den USA wurde seit 30 Jahren kein Meiler bestellt, in Deutschland seit 22 Jahren nicht mehr, ebenso in Großbritannien und Holland. Kein EU-Land, das bisher ganz auf Atomkraftwerke verzichtet hat (etwa Italien, Dänemark, Österreich und Polen) plant ernsthaft den Ein-

stieg. Belgien und Schweden wollen aussteigen wie Deutschland, ähnliches plant die neue spanische Regierung. Auch nach der EU-Erweiterung verzichtet die Mehrzahl der EU-Mitgliedsstaaten auf die kommerzielle Kernspaltung. Nicht Schweden und Deutschland mit ihrem Atomausstieg gehen einen Sonderweg, sondern Finnland und Frankreich.

## Behauptung 2: Neue Atomkraftwerke sind sicher

„Katastrophenfreie Reaktorkonzepte und fortgeschrittene Überwachungs- und Steuerungstechnologien in den gegenwärtig betriebenen Kraftwerken machen Atomkraft sicherer als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Die Reaktorbetreiber haben aus schweren Störfällen gelernt. Etwa durch die Gründung einer internationalen Betreiberorganisation (WANO), die für eine zeitnahe und detaillierte Weitergabe von Störfallabläufen sorgt. Inzwischen können die Reaktorbetreiber weltweit auf eine Erfahrung von 11.000 Reaktorbetriebsjahren zurück greifen. Die Entsorgung des Atom- mülls ist technisch gelöst.“

Der „katastrophenfreie“ Reaktor ist immer noch ein uneingelöstes Versprechen der Atomwirtschaft. Auch im Reaktortyp der neuen Generation namens EPR ist die Kernschmelze als schwerster denkbarer Unfall nicht ausgeschlossen, auch wenn ihre verheerenden Folgen mit einer aufwändigen Auffangvorrichtung („Core-Catcher“) für den geschmolzenen Reaktorkern eingedämmt werden sollen. Auch auf dem Feld der noch immer ungelösten atomaren Entsorgung – insbesondere der bis heute noch nicht erfolgten Endlagerung hochradioaktiven Atommülls – gibt es weltweit keine Entwicklung, die eine Renaissance oder Neubewertung der Atomkraft rechtfertigen könnte.

## Behauptung 3: Neue Atomkraftwerke machen uns unabhängiger von teurem Öl

„Angesichts der anhaltenden Unsicherheiten über den künftigen Rohölpreis müssen alle Energieoptionen genutzt werden - auch die nukleare. China plant einen kräftigen Ausbau seines AKW-Arsenals. Japan sorgt sich um seine Energieversorgung und setzt verstärkt auf Atomkraft. Ähnliches gilt für Taiwan oder Südkorea. Schwellenländer wie Indien oder Brasilien fürchten, ohne Kernenergie den Aufholprozess gegenüber den Industriestaaten nicht zu schaffen. Frankreich bereitet den Bau eines Atomkraftwerks vom Typ EPR vor, auch in Großbritannien mehren sich die Stimmen, die nicht auf die Kernenergie verzichten wollen. Deutschland darf angesichts der Aktivitäten in führenden konkurrierenden Industriestaaten seine Energiebasis nicht mutwillig beschneiden.“

## Atomkraftwerke ersetzen kein Öl

Benzin kommt nicht aus der Steckdose. Für eine langfristig angelegte Strategie „Weg vom Öl“ ist Atomenergie deshalb das ungeeignetste Rezept. Um uns vom Öl unabhängiger zu machen, brauchen wir sparsamere Motoren, neuartige Antriebstechnologien, ökologisch verträgliche Kraftstoffe und eine insgesamt veränderte Mobilität, außerdem effiziente Heizungen und gut gedämmte Gebäude. Erneuerbare Energien verbunden mit Effizienzverbesserung fossil betriebener Kraftwerke und Stromeinsparung können unsere Stromversorgung nachhaltiger und klimaverträglicher machen und Schritt für Schritt die risikoreiche Kernenergie und ineffiziente Kohlekraftwerke ersetzen.

Quellen:  
Themenpapier Atomkraft: „Wiedergeburt eines Auslaufmodells?“ BMU, Nov. 04  
Energie und Bau, Heft 9 der Schriftenreihe der Stiftung Bauwesen von Feb.04 ; Die Zeit vom 22. Juli 04; Handelsblatt vom 17. August 04, taz vom 25.10.04

Fortsetzung im nächsten GRÜNSPIEGEL



## Infos aus dem Netz

Liebe Leserin, lieber Leser,

<http://www.plan-b-jetzt.de> heißt eine neue Internetseite von Bündnis '90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, genauer gesagt der Landtagsfraktion. Jetzt werden sie sich fragen, ob da was schief gelaufen ist, oder wofür brauchen die einen Plan B? Bei Bündnis '90/DIE GRÜNEN ist nichts schief gelaufen, dafür jedoch bei der Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen. Auf dieser Seite wird erklärt, wie es mit der Bildung im Land wieder aufwärts gehen könnte. Es lohnt sich, mal reinzuschauen.

Bildungsbarometer hat Stimmung gemessen  
Die Universität Landau hat die Ergebnisse ihres jüngsten Bildungsbarometers veröffentlicht. Basierend auf einer regelmäßigen Umfrage werden dort Meinungen und Trends zur Bildung in Deutschland veröffentlicht:  
<http://www.bildungsbarometer.de/informationen/downloads.html>

Ein anderes Thema, das jedoch auch uns im Land betreffen kann, gerade im Frühjahr. GRÜNE: Weg frei für Hochwasserschutz  
Bundestag und Bundestag haben das neue Hochwasserschutzgesetz beschlossen. Gegen das Gesetz stimmte ausgerechnet die sächsische Landesregierung. Bundesumweltminister Jürgen Trittin bezeichnete den Kompromiss als „Durchbruch für den Hochwasserschutz“:  
[http://www.gruene-fraktion.de/cms/umwelt\\_natur/dok/62/62021.htm](http://www.gruene-fraktion.de/cms/umwelt_natur/dok/62/62021.htm)

Nun geht es um etwas, das jeden Internetnutzer täglich auf neuen ärgert, nämlich Spams, also unerwünschte e-Mails. GRÜNE: Gemeinsam gegen Spam  
Renate Künast stellt am Weltverbrauchertag ein Bündnis gegen Spam vor:  
<http://www.verbraucherministerium.de/index-00003240A721123595CB6521C0A8D816.html>

Und noch ein paar Themen :  
GRÜNE begrüßen Transparenz bei Manager-Gehältern  
Bundesvorsitzender Reinhard Bütikofer begrüßte den Gesetzesentwurf des Justizministeriums zur jährlichen Offenlegung der Vorstandsgehälter:  
[http://www.gruene-partei.de/cms/themen\\_arbeit\\_wirtschaft/dok/62/62729.manager\\_sollen\\_gehaelter\\_offen legen.htm](http://www.gruene-partei.de/cms/themen_arbeit_wirtschaft/dok/62/62729.manager_sollen_gehaelter_offen legen.htm)

GRÜNE machen ernst mit europaweiter Zusammenarbeit  
GRÜNE ParlamentarierInnen haben sich in Luxemburg getroffen und eine gemeinsame Stellungnahme zur Lissabon-Strategie beschlossen:  
[http://www.gruene-fraktion.de/cms/europaeische\\_union/dok/61/61334.die\\_gruene\\_lissabon\\_agenda.htm](http://www.gruene-fraktion.de/cms/europaeische_union/dok/61/61334.die_gruene_lissabon_agenda.htm)

So, das soll's für diesmal gewesen sein. Viel Spaß beim Lesen und anschließenden Surfen.

Gruß  
Max Bleif

## TERMINE

**KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz:**  
**Samstag, 16.04.2005,**  
10 Uhr: Empfang im Löwensaal der Vaihinger Stadthalle  
11.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Verbrechen und Gedenken“  
15.45 Uhr: Eröffnung des 2. Bauabschnittes.  
**Sonntag, 17.04.2005,** 11 Uhr  
Gedenkfeier auf dem KZ-Ehrenfriedhof mit Kranzniederlegung.

**Liedertheater für Kinder**  
**Sonntag, 17.04.2005,** 15 Uhr  
mit Christof und Vladislava Altmann:  
Wenn der Maulwurf Tango tanzt...  
Gaststätte L'anfora (Waldhorn) in Asperg  
Kartenvorverkauf Schreibwaren Wolf und Il Vino für 4 Euro sowie Tageskasse 4,50 Euro.

**OV Ludwigsburg**  
**25-jähriges Jubiläum**  
„25 Jahre Grüne in Ludwigsburg – ein Blick zurück nach vorn“  
**Samstag, 23.04.2005,** ab 20 Uhr  
Bärensaal, Schloßstr. 9, 1. OG, Ludwigsburg. Für die Unterhaltung sorgt die Samba-Band „Kolibri“. Tombola und viele Erinnerungen

**OV Ludwigsburg**  
**Diskussion zur Pflegeversicherung**  
mit Petra Selg, MdB  
**Montag, 25.04.2005,** 19 Uhr,  
Vortragssaal des Staatsarchivs, Arsenalplatz, Ludwigsburg

**Antiatom-Demonstration**  
**Sonntag, 24.04.2005, nachmittags**  
Obrigheim

**Mahn- und Protestaktion**  
**Dienstag, 26.04.2005,** 20 Uhr  
vor dem GKN Neckarwestheim

Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e. V. (BBMN e. V.)

**Treffen des OV Ludwigsburg**  
**Montag, 02.05.2005,** 20 Uhr, im  
Kreisbüro U-Land, Umlandstr. 21

Veranstaltungen der DFG-VK Baden-Württemberg und Bayern:

„Pacemakers – Radmarathon von Stuttgart in die Eifel“, erstmalig am **Samstag, 06.08.2005**  
Sportlich aktiv für eine atomwaffenfreie Welt – Meldestart: 11. März 2005

„Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“  
Aktions-Radtour vom **28.07. – 06.08.2005:** 60 Jahre Hiroshima.  
Kontakt: Tel. 0711-2155112 und 089-89623446,  
ba-wue@dfg-vk.de,  
muenchen@dfg-vk.de,  
www.schritte-zur-abruistung.de

Veranstaltungen der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg:

**Pluralismus in der Medizin**  
Schulmedizin und Komplementärmedizin – unvereinbare Gegensätze?  
**Samstag, 09.04.2005,** 10 – 18 Uhr  
Ort: Literaturhaus Stuttgart

**Fremde Schwestern – künftige Partnerinnen**  
Veranstaltung zur poln. Frauenbewegung und den Schwierigkeiten in den deutsch-polnischen Beziehungen im gemeinsamen Europa  
**Samstag, 16.04.2005,** 14 – 17 Uhr  
Stiftung Geißstraße Sieben, Stuttgart

**10 Jahre nach Dayton**  
Veränderungsprozesse in den westlichen Balkanstaaten  
**Freitag, 22.04.2005,** 18 Uhr –  
**Sonntag, 24.04.2005,** 14 Uhr  
Ev. Akademie Bad Boll

**Noch freie Plätze bei der Reise nach Zypern vom 5. bis 11. Juni**  
„Zypernkonflikt“ und die aktuellen politischen Entwicklungen auf Zypern. Es wird genügend Zeit für kulturelle Ziele und die Erholung am Strand sein.  
Kosten: 990 Euro (im DZ).

Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e.V.  
Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart  
Tel. 0711 2633 94-10, Fax -19  
info@boell-bw.de, www.boell-bw.de

## Impressum

### GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 10 Euro im Kreis, 18 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber/Anschrift der Redaktion**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband/Ortsverband Ludwigsburg, Im U-Land, Umlandstraße 21  
71638 Ludwigsburg  
Tel.: 0 71 41/92 79 26  
Fax: 0 71 41/90 51 94  
kv.ludwigsburg@gruene.de  
www.gruene-ludwigsburg.de  
KontoNr: 253074029,  
Volksbank Ludwigsburg  
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

**Redaktion (ViSDP)**  
Christian Gärtner, Julia Schweizer,  
gruenspiegel@gmx.de

**Layout und Gestaltung**  
Ulrich Haase, Berlin

**Anzeigenkoordination**  
Christian Gärtner

**Druck**  
Druckerei Ratz, Schönaich

**Ausgabe**  
April 2005

**Auflage**  
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

### Bestellabschnitt

Ja, ich möchte den GRÜNSPIEGEL jeden Monat bequem nach Hause geschickt bekommen. Die stets aktuellen Informationen und Diskussionsbeiträge sind mir 10 Euro im Jahr wert (aktueller Preis für den Versand der 10 Ausgaben im Jahr innerhalb des Landkreises Ludwigsburg, außerhalb des Landkreises zzgl. 0,80 Euro pro Ausgabe).

Name, Vorname: _____	Ich ermächtige den Kreisverband Ludwigsburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hiermit, die jährlichen Bezugsgebühren von meinem Bank- bzw. Postbankkonto abzubuchen. (Falls der Kontoinhaber nicht mit dem Besteller identisch ist, bitte genaue Adresse angeben.)
Straße / Hausnummer: _____	
Postleitzahl / Ort: _____	
Telefon (für eventl. Rückfragen): _____	
	Bankinstitut / Ort: _____
	Bankleitzahl: _____
	Kontonummer: _____

✕	✕
Datum _____	Datum _____
Unterschrift des Bestellers _____	Unterschrift des Bestellers _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung gegenüber dem Kreisverband Ludwigsburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg, innerhalb von zwei Wochen zu widerrufen. Die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt (Poststempel).

✕
Datum _____
Unterschrift des Bestellers _____